

elektronischer Bundesanzeiger



Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Elektronischen Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet
Internet-Adresse: www.ebundesanzeiger.de
Veröffentlichungsdatum: 01. August 2011
Rubrik: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte
Art der Bekanntmachung: Jahresabschluss/Jahresfinanzbericht
Veröffentlichungspflichtiger: BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 110714013959
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlagsges. mbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.



BVVG
Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

BVVG
– Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH –

Berlin

Jahresabschluss
der BVVG 2010

Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2010

der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

I. Geschäftsfelder und -verlauf

Die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) ist eine 100-%ige Tochter der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS). Sie handelt als zivilrechtliche Eigentümerin im eigenen Namen, jedoch auf Rechnung der BvS, die wirtschaftliche Eigentümerin aller von der BVVG zu verwaltenden und zu verwertenden Flächen und sonstigen Vermögenswerte ist.

Die BVVG nimmt auf der Basis eines 1996 abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages mit der BvS Aufgaben des Immobilienmanagements im ländlichen Raum der fünf neuen Länder für den Bund wahr. Sie umfassen vor allem den Verkauf land- und forstwirtschaftlicher Flächen, die Verpachtung von Acker- und Grünland, die Bewirtschaftung der Forstflächen, die Veräußerung von Bauland und Bergwerkseigentumen, die Reprivatisierung von Flächen und sonstigen Vermögenswerten an berechnigte Personen und Gebietskörperschaften, die Erfassung, Sicherung und

Dokumentation des Vermögens, die Verwaltung und Verwertung von Wirtschaftsgebäuden sowie das Management von Pacht- und Kaufverträgen. Seit dem 01.01.2009 hat die BVVG auf der Grundlage eines entsprechenden Vertrages weitere Aufgaben von der BvS insbesondere in den Bereichen Vertragsmanagement und Reprivatisierung geschäftsbesorgend übernommen.

Seit Mitte 1996 ist die BVVG die Privatisierungsstelle des Bundes für den begünstigten Flächenverkauf nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) und der Flächenerwerbsverordnung (FläErwV). Diese gesetzlichen Vorschriften wurden durch das Vermögensrechtsergänzungsgesetz vom 22. September 2000 und das FläErwÄndG vom 3. Juli 2009 aktualisiert. Mit dem 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz (2. FläErwÄndG) vom 29. März 2011, das die negativen Auswirkungen der verzögerten Bescheidung der Ausgleichsleistungsbescheide auf den Umfang der begünstigten Erwerbsmöglichkeiten von Alteigentümern beseitigen soll, wird dieser Aufgabenbereich des begünstigten Flächenverkaufs wieder erheblich ausgeweitet.

Im Frühjahr 2010 wurden mit der Neufassung der Privatisierungsgrundsätze (PG 2010) den Pächtern neben dem Direkterwerb bis zum Ende des langfristigen Pachtvertrages die Möglichkeit eingeräumt, die Flächen unter Beibehaltung des zeitlich begrenzten Direkterwerbsanspruches über weitere vier Jahre oder unter Verzicht auf den Direkterwerbsanspruch über weitere neun Jahre zu pachten. Waldflächen werden überwiegend begünstigt nach EALG an Alteigentümer, statt wie geplant zum Verkehrswert, verkauft.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2010 ihre im o. g. Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BvS vereinbarten Verwertungs- und Verwaltungsaufgaben in vollem Umfang erfüllt. Sie erwirtschaftete daraus Umsatzerlöse von rd. 68 Mio. €. Der handelsrechtliche Überschuss betrug im Berichtsjahr 375 T€.

Das Beratungsgeschäft in Drittländern wurde mit den Schwerpunkten Serbien, Ukraine, Mongolei, Kosovo und Kasachstan - teilweise gemeinsam mit Kooperationspartnern - weitergeführt. Die BVVG wird im internationalen Beratungsgeschäft als kompetente Institution wahrgenommen.

Die Mitarbeiterzahl der BVVG hat sich in Übereinstimmung mit der langfristigen Unternehmensplanung im Verlaufe des Geschäftsjahres weiter kontinuierlich verringert; am 31.12.2010 waren in der Gesellschaft noch 724 Personen (das entspricht 701 Vollzeitäquivalenten) beschäftigt. Die Personalreduzierung beruhte überwiegend auf altersbedingter Fluktuation. Zum 31.12.2010 wurden die Geschäftsstellen der BVVG in Leipzig und Chemnitz geschlossen und die verbliebenen Aufgaben in der Geschäftsstelle Dresden konzentriert. Auch der in diesem Zusammenhang erforderliche Personalabbau wurde ohne betriebsbedingte Kündigungen realisiert. Die betreffenden Mitarbeiter wurden bei der beruflichen Neuorientierung in Form externer Beratung, Stellensuche, Qualifizierung und Praktika aktiv unterstützt. Die Gesellschaft hat die Schließung der Geschäftsstellen mit insgesamt rd. 1,3 Mio. € finanziell begleitet.

Am 31.12.2010 befanden sich 40 Auszubildende in der Berufsausbildung bei der BVVG.

II. Darstellung der Lage

Vermögenslage

Das Bilanzvermögen der BVVG GmbH ist gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3.020 T€ (18 %) gesunken. Auf der Aktivseite wirken sich vor allem die stichtagsbezogene Verminderung des Bestandes an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen um 1.992 T€ (- 16 %) sowie die Reduzierung des Anlagevermögens um 846 T€ (- 25 %) aus. Dies korrespondiert auf der Passivseite der Bilanz mit einer Verminderung der anderen Gewinnrücklagen (- 1.248 T€), die in 2010 aufgelöst und zusammen mit dem Jahresüberschuss ausgeschüttet wurde und um 1.808 T€ geringeren Rückstellungen. Die Eigenkapitalquote sank hierdurch auf 6,6 %. Der Rückgang betrifft vor allem die Rückstellungen für personalbezogene Aufwendungen (- 3.847 T€, darunter - 1.788 T€ für Rückstellungen für Altersteilzeit). In Umsetzung der Regelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes neu eingestellt wurde eine Rückstellung für Archivierungskosten in Höhe von 2.065 T€.

Finanz- und Ertragslage

Die Finanzlage der BVVG und ihre Ertragslage sind unverändert stabil. Auf der Basis bestehender Verträge mit dem Hauptauftraggeber werden der Gesellschaft kontinuierlich die Aufwendungen für ihre Tätigkeit im Rahmen der Geschäftsbesorgung zuzüglich einer Gewinnmarge erstattet. Der für das abgelaufene Geschäftsjahr ausgewiesene Rückgang der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 1.717 T€ ist eine Folge planmäßig und kontinuierlich geringerer Aufwendungen zur Erledigung der übertragenen Aufgaben. Der ausgewiesene Rückgang bei den sonstigen Erträgen im Umfang von 542 T€ resultiert überwiegend aus gegenüber dem Vorjahr verminderten Rückstellungsaufösungen.

Der Liquiditätsbedarf der BVVG ist jederzeit gesichert. Die Gesellschaft ist über den Gesellschafter in das Abrufverfahren des Bundes einbezogen. Über diesen Weg werden täglich freie liquide Mittel dem Bundeskreislauf zugeführt; im Bedarfsfall sichert der Bund umgekehrt die rechtzeitige Bereitstellung erforderlicher Mittel zur Deckung finanzieller Verpflichtungen.

III. Ausblick

Chancen sowie bestandsgefährdende Risiken oder Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne des § 289 Abs. 1 HGB bestehen aufgrund der spezifischen Finanzierungsvereinbarung mit dem Gesellschafter, die den besonderen Aufgaben der Gesellschaft Rechnung trägt, nicht. Diese Rahmenbedingungen werden sich auch in den kommenden Jahren im Grundsatz nicht ändern, so dass die Gesellschaft weiterhin positive Jahresergebnisse erwartet. Das hierfür erforderliche Risikomanagementsystem entspricht dieser besonderen Situation.

Die Entwicklung der BVVG hängt nahezu ausschließlich vom Fortschritt bei der Verwaltung und Verwertung des treuhänderisch übertragenen Vermögens ab. Im Jahr 2011 und den Folgejahren wird in Umsetzung des 2. FIERwÄndG ein Schwerpunkt auf dem begünstigten Verkauf landwirtschaftlicher Flächen an die Alteigentümer nach § 3 (5) AusglLeistG liegen. Die finanziellen und arbeitsorganisatorischen Auswirkungen dieses Gesetzes sind noch nicht zu quantifizieren, da eine konkrete Bestimmung des hierfür erforderlichen Flächenumfanges der BVVG angesichts der unübersichtlichen Antrags- und Nachfrageentwicklung gegenwärtig nicht möglich ist.

Der Flächenverkauf wird insgesamt rückläufig sein. Die Verwertung landwirtschaftlicher Flächen außerhalb des EALG wird auf der Grundlage der zwischen Bund und Ländern im Jahr 2006 vereinbarten und 2010 modifizierten Privatisierungsgrundsätze (PG 2010) durchgeführt. Infolge noch relativ geringer Erfahrungen bei der Umsetzung dieser Privatisierungsgrundsätze bestehen weiterhin Unsicherheiten, die durch absehbare Anspruchskonkurrenzen mit den Berechtigten nach dem 2. FIERwÄndG noch verstärkt werden.

Der Verkauf von forstwirtschaftlichen Flächen wird mit dem Ziel forciert, bis 2014 alle Forstflächen bis auf geringe Rest- und Splitterflächen zu veräußern. Dabei wird erwartet, dass der überwiegende Teil der Flächen nach den Bestimmungen des AusglLeistG an Alteigentümer verkauft werden wird.

In Verbindung mit der kontinuierlichen Anpassung der Aufwendungen an das Aufgabenvolumen ist weiterhin die Abführung von jährlichen Überschüssen an den Gesellschafter gesichert. Im Jahr 2011 wird - ohne Berücksichtigung der nicht absehbaren Auswirkungen der Umsetzung des 2. FIERwÄndG - mit einem Überschuss von rd. 438 Mio. € gerechnet.

Die Übertragung neuer Aufgaben auf die Gesellschaft ist nicht vorgesehen.

Die BVVG hat in Abstimmung mit den Arbeitnehmervertretungen eine langfristige Konzeption zur Anpassung der Personalausstattung an den absehbaren Bedarf entwickelt. Mit den zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat geschlossenen Vereinbarungen zu personalpolitischen Maßnahmen wird sichergestellt, dass bis Ende des Jahres 2013 und bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen bis einschließlich 2014 keine Mitarbeiter aufgrund betriebsbedingter Beendigungskündigungen aus dem Unternehmen ausscheiden müssen, sofern es keine wesentlichen Änderungen im Privatisierungsgeschäft gibt. Die zu diesem Zweck vereinbarte Reduzierung der Wochenarbeitszeit wird vom Arbeitgeber und den Arbeitnehmern gemeinsam finanziert. Der nach 2014 anstehende Personalabbau wird voraussichtlich betriebsbedingte Kündigungen erfordern.

IV. Information nach § 289 Abs. 2 HGB

Die Zentrale der BVVG mit der Geschäftsführung und den für Grundsatz- und Querschnittsangelegenheiten zuständigen Bereichen befindet sich in Berlin. In den neuen Bundesländern unterhält die Gesellschaft gegenwärtig acht Niederlassungen. Die Aufbauorganisation in der Zentrale und den Niederlassungen wird kontinuierlich an die abzusehende Entwicklung des Aufgabenvolumens angepasst. Zum 31.12.2010 wurden die zur Niederlassung Sachsen gehörigen Geschäftsstellen Leipzig und Chemnitz geschlossen. Die verbleibenden Aufgaben einschließlich der weiter benötigten Mitarbeiter wurden am Sitz der Niederlassung in Dresden zusammengefasst. Aufsichtsrat und Betriebsrat wurden bei diesen Strukturentscheidungen beteiligt, der Gesellschafter hat einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Betriebsbedingte Kündigungen sind im Zusammenhang mit der Schließung der Geschäftsstellen nicht erfolgt.

Berlin, 31.03.2011

BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

Dr. Wolfgang Horstmann

Dr. Wilhelm Müller

Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva

	31.12.2010		31.12.2009	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software		628.589,00		800.548,00
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.928.363,00		2.602.415,00
III. Finanzanlagen				
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen		398.987,26		0,00
		2.955.939,26		3.402.963,00

	31.12.2010		31.12.2009	
	EUR	EUR	EUR	EUR
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	205.766,50		85.728,06	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	9.700.949,20		10.635.195,09	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	278.028,74	10.184.744,44	1.854.446,87	12.575.370,02
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten				
		31.914,18		58.808,77
		10.216.658,62		12.634.178,79
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
		285.530,76		440.639,22
		13.458.128,64		16.477.781,01
Treuhandvermögen		1.700.971.842,11		1.819.363.319,77
Passiva				
			31.12.2010	31.12.2009
			EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital				
			512.000,00	512.000,00
II. Gewinnrücklagen				
Andere Gewinnrücklagen			0,00	1.247.671,55
III. Jahresüberschuss				
			374.703,03	643.653,11
			886.703,03	2.403.324,66
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen			651.908,64	1.763.857,00
2. Steuerrückstellungen			0,00	55.734,00
3. Sonstige Rückstellungen			10.958.331,02	11.599.124,88
			11.610.239,66	13.418.715,88

	31.12.2010		31.12.2009	
	EUR	EUR	EUR	EUR
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			516.968,34	432.042,77
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			313.239,30	178.436,81
3. Sonstige Verbindlichkeiten			130.004,48	44.276,51
--davon aus Steuern EUR 0,00 (i. Vj. EUR 0,00)--				
--davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 119.829,96 (i. Vj. EUR 41.868,93)--				
			960.212,12	654.756,09
D. Rechnungsabgrenzungsposten			973,83	984,38
			13.458.128,64	16.477.781,01
Treuhandkapital und -verbindlichkeiten			1.700.971.842,11	1.819.363.319,77

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	2010		2009	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		68.235.617,83		69.952.761,20
2. Sonstige betriebliche Erträge		2.063.598,30		2.605.133,13
3. Personalaufwand				
a) Gehälter	-38.166.174,76		-40.175.384,49	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-8.069.938,74	-46.236.113,50	-7.823.867,26	-47.999.251,75
--davon für Altersversorgung EUR 1.205.176,08 (i. Vj. EUR 1.229.275,91)--				

	2010 EUR	EUR	2009 EUR	EUR
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-1.420.945,08		-1.406.036,17
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-21.719.946,55		-21.865.900,21
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		9.319,52		59.177,07
--davon vom Gesellschafter EUR 3.573,47 (i. Vj. EUR 8.298,36)--				
--davon aus der Abzinsung von Rückstellungen EUR 5.723,95 (i. Vj. EUR 0,00)				
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-65.633,39		-296.781,03
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		865.897,13		1.049.102,24
9. Außerordentlicher Aufwand		-343.669,00		0,00
10. Außerordentliches Ergebnis		-343.669,00		0,00
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-133.803,60		-392.598,63
12. Sonstige Steuern		-13.721,50		-12.850,50
13. Jahresüberschuss		374.703,03		643.653,11

Anhang 2010

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin, wurde nach den Vorschriften des HGB, des GmbHG und den ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Die besonderen Bilanzvermerke sind aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit teilweise im Anhang verzeichnet. Die GmbH ist entsprechend § 267 HGB eine große Kapitalgesellschaft.

II. Erläuterungen zur Bilanz

Durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) ist eine Vielzahl von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden geändert worden. In diesem Zusammenhang wurde zu Abweichungen vom Stetigkeitsgebot in begründeten Ausnahmefällen entsprechend § 252 Abs. 2 HGB verfahren. Gemäß § 265 Abs. 1 HGB wurden die Abweichungen im Anhang angegeben und begründet. Die Vorjahreszahlen wurden nicht angepasst.

1. Aktiva

Anlagevermögen

Die entgeltlich erworbenen Immateriellen Vermögensgegenstände sowie die Gegenstände des Sachanlagevermögens sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.

Die EDV-Software und die EDV-Hardware werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (drei Jahre) und das übrige Sachanlagevermögen über fünf bis dreiundzwanzig Jahre abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer der Mietereinbauten richtet sich nach den individuellen Verträgen der BVVG mit den Vermietern. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 60,01 EUR und 410,00 EUR werden im Jahr des Zugangs 2010 voll abgeschrieben und werden im Anlagengitter im Abgang der Sachanlagen gezeigt.

Für selbständig nutzbare Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 150,01 EUR und 1.000,00 EUR sind in den Jahren 2008 und 2009 Sammelposten gebildet worden. Diese werden verteilt auf fünf Jahre gleichmäßig abgeschrieben. Mit Inkrafttreten des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes ab 01. Januar 2010 hat die BVVG das Wahlrecht zur Bilanzierung geringwertiger Wirtschaftsgüter ausgeübt und ist zu der bis 2008 festgelegten Verfahrensweise zurückgekehrt (s. o.). Damit entfällt die Bildung neuer Sammelposten in 2010. Erstmals werden innerhalb des Anlagevermögens Finanzanlagen aus Rückdeckungsansprüchen aus Lebensversicherungen in Höhe von 399 TEUR ausgewiesen. Der gesonderte Ausweis erfolgt aufgrund der Langfristigkeit der Rückdeckungsversicherungen, die nicht die Voraussetzungen für Deckungsvermögen i. S. d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen. Im Vorjahr waren die Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen insgesamt in den sonstigen Vermögensgegenständen enthalten.

Die Versicherungsansprüche zur Deckung der betrieblichen Pensionszusagen wurden mit dem Deckungskapital einschließlich vorhandener Werte aus Überschussbeteiligungen angesetzt. Erstmals erfolgte eine Saldierung der verpfändeten Rückdeckungsversicherungen, soweit die übrigen Voraussetzungen für Deckungsvermögen erfüllt sind, mit den Pensionsrückstellungen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens gemäß § 268 Abs. 2 HGB ist im Anlagengitter dargestellt.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert bewertet. Im Berichtsjahr wurde der Erstattungsanspruch des Körperschaftsteuerguthabens in Höhe von 36 TEUR (Vorjahr 40 TEUR) als sonstiger Vermögensgegenstand zum Barwert aktiviert.

Im Berichtsjahr werden Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 9.701 TEUR (Vorjahr 10.635 TEUR) ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Forderungen aus der Vergütung der Geschäftsbesorgung mit der BvS/Gesellschafterin in Höhe von 9.115 TEUR (Vorjahr 10.085 TEUR), das im Auftrag der BVVG durch die BvS im Geldkreislauf des Bundes angelegte Stammkapital der BVVG in Höhe von unverändert 512 TEUR sowie Forderungen gegen die LAFOS Dienstleistungs GmbH in Höhe von 53 TEUR (Vorjahr 39 TEUR). Erstmals werden in dieser Position auch Forderungen aus Vorsteuern, die erst im Folgejahr abzugsfähig sind, in Höhe von 20 TEUR ausgewiesen.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten werden in Übereinstimmung mit den Kassenbüchern und Kontoauszügen zu Nominalwerten ausgewiesen.

2. Passiva

Gewinn Verwendung

Es wird vorgeschlagen, den Gewinn des Jahres 2010 in voller Höhe an die Gesellschafterin auszuschütten.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen sind mit dem Deckungsvermögen i. S. d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet worden. Mit Inkrafttreten des BilMoG werden die Berechnungen nach den Vorschriften des § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB durchgeführt. Sie wurden auf versicherungsmathematischer Grundlage ermittelt. Der beizulegende Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände beträgt 1.419 TEUR. In den Pensionsrückstellungen ist ein Betrag von 585 TEUR für frühere Organmitglieder enthalten.

Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen wurden folgende Methoden und Annahmen zugrunde gelegt:

- Bewertungsmethode: Projizierte Einmalbetragsmethode
- Biometrie: Richttafeln Heubeck 2005G
- Rechnungszins: 5,15% Handelsbilanz; 6% Steuerbilanz
- Rententrend: entsprechend der Zusage, sonst 1 %

Die Einzelzusagen sehen keine Anpassung an künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen vor.

Sonstige Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ermittelten Erfüllungsbetrag bewertet und umfassen alle erkennbaren und ungewissen Verpflichtungen. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, soweit hinreichend objektive Hinweise für ihren Eintritt vorliegen. Sie wurden insgesamt mit 10.958 TEUR (Vorjahr 11.599 TEUR) gebildet, davon mit 8.260 TEUR (Vorjahr 10.995 TEUR) für personalbezogene Aufwendungen und mit 2.698 TEUR (Vorjahr 604 TEUR) für sonstige Aufwendungen. In den personalbezogenen Aufwendungen sind 4.023 TEUR (Vorjahr 5.811 TEUR) für Rückstellungen für Altersteilzeit enthalten. Die Rückstellungen betreffen 64 Mitarbeiter (Vorjahr 114), mit denen die Gesellschaft bis zum 30. Juni 2008 auf der Grundlage einer Betriebsvereinbarung vom 10. November 1998 in der Fassung vom 24. April 2008 bzw. auf Basis von Einzelvereinbarungen Altersteilzeitverhältnisse abgeschlossen hat.

Eine Rückstellungsbildung für die Inanspruchnahme durch weitere Mitarbeiter auf Basis zukünftig noch abzuschließender Vereinbarungen ist nicht berücksichtigt. Darüber hinaus beinhalten die personalbezogenen Aufwendungen Rückstellungen für Sonderzahlungen (2.467 TEUR/Vorjahr 3.012 TEUR), Rückstellungen für Abfindungen (997 TEUR/Vorjahr 1.271 TEUR), Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen (661 TEUR/Vorjahr 716 TEUR) und Rückstellungen für Gleitzeitguthaben der Arbeitnehmer (113 TEUR/Vorjahr 185 TEUR).

Die Rückstellungen für Abfindungen werden voraussichtlich bis 2013 in Anspruch genommen und wurden abgezinst. Dabei wurden entsprechend BilMoG die von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Abzinsungssätze angewandt. Rückstellungen mit nicht ganzjährigen Fristigkeiten wurden durch Anwendung der Vereinfachungsregelung -Verwendung des jeweils niedrigeren Ganzjahreszinssatzes (Vorsichtsprinzip) - abgezinst. Alle anderen sonstigen Rückstellungen werden voraussichtlich 2011 in Anspruch genommen, so dass eine Abzinsung nicht erforderlich ist.

Die restlichen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen die in 2010 erstmals gebildete Rückstellung für die Archivierung und Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (2.065 TEUR), Aufwendungen für Beiträge an die Berufsgenossenschaft (320 TEUR/Vorjahr 284 TEUR), für ausstehende Rechnungen von Dienstleistern und Sachverständigen (130 TEUR/Vorjahr 179 TEUR), für Jahresabschlusskosten (83 TEUR/Vorjahr 73 TEUR) sowie für Mietnebenkosten (100 TEUR/Vorjahr 67 TEUR). Die Kosten für die Archivierung und Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen waren in den letzten Jahren in der für das treuhänderisch verwaltete Vermögen der BvS gebildeten Rückstellung für Verwaltung und Verwertung der Flächen enthalten. Diese Rückstellung wurde mit Inkrafttreten des BilMoG im Buchungskreis 0060 zum 31.12.2010 aufgelöst. Die Bildung der Rückstellung für Archivierung und Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen erfolgte unter Berücksichtigung hierfür anfallender einmaliger und laufender Aufwendungen und unter Anwendung der Vereinfachungsregel der Finanzverwaltung (Multiplikation mit Faktor 5,5 bei den jährlich wiederkehrenden Archivierungskosten).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus Rechnungen für Sachausgaben. Sie wurden im ersten Quartal des Jahres 2011 ausgeglichen.

Im Berichtsjahr werden Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 313 TEUR (Vorjahr 179 TEUR) ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um die Umsatzsteuerzahllast gegenüber der BvS (Gesellschafter) auf Grund der umsatzsteuerlichen Organschaft in Höhe von 86 TEUR (Vorjahr 59 TEUR) sowie Verbindlichkeiten gegenüber der LAFOS Dienstleistungs GmbH in Höhe von 227 TEUR (Vorjahr 120 TEUR).

Treuhänderisch verwaltetes Vermögen der BvS/Treuhandkapital und -verbindlichkeiten

Der Ausweis betrifft das auf der Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages in der Fassung vom 1. Januar 2008 treuhänderisch für die BvS verwaltete Vermögen. Es setzt sich wie folgt zusammen:

Treuhänderisch verwaltetes Vermögen der BvS	TEUR	Treuhandkapital und - verbindlichkeiten	TEUR
Finanzanlagen	64	Treuhandkapital	1.374.986
zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Rechte	1.580.306	Rückstellungen	291.220
Forderungen und Wertpapiere	120.602	Verbindlichkeiten	34.766
Guthaben bei Kreditinstituten	0		
	1.700.972		1.700.972

III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse betreffen im Wesentlichen die Vergütung für die Durchführung der Tätigkeiten aus dem Geschäftsbesorgungs- und Treuhandvertrag mit der BvS. Die Vergütung ist kostendeckend und schließt einen Gewinnaufschlag ein.

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich u.a. aus Erstattungen von Aufwendungen von 573 TEUR (Vorjahr 572 TEUR) und Erträgen aus der Untervermietung von Büroräumen und Garagen von 331 TEUR (Vorjahr 333 TEUR) zusammen. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind sonstige periodenfremde Erträge in Höhe von 389 TEUR (Vorjahr 194 TEUR) aus Lieferungen und Leistungen, 1 TEUR (Vorjahr 22 TEUR) für Altersteilzeit sowie 197 TEUR (Vorjahr 941 TEUR) aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten vor allem Aufwendungen für Dienstleister und Sachverständige von 4.919 TEUR (Vorjahr 5.499 TEUR), EDV-Kosten von 4.786 TEUR (Vorjahr 5.068 TEUR), Mieten und Nebenkosten von 4.060 TEUR (Vorjahr 3.791 TEUR), nicht abzugsfähige Vorsteuerbeträge aus Eingangsrechnungen von 2.844 TEUR (Vorjahr 3.010 TEUR), Aufwendungen für Ausschreibungen, Messen und Öffentlichkeitsarbeit von 857 TEUR (Vorjahr 716 TEUR), Aufwendungen für Kartenmaterial von 704 TEUR (Vorjahr 701 TEUR), Aufwendungen für Lehrgangsgebühren von 663 TEUR (Vorjahr 576 TEUR) sowie Aufwendungen für Verwaltungsdienste von 640 TEUR (Vorjahr 218 TEUR). In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 218 TEUR (Vorjahr 108 TEUR) und Forderungsverzichte in Höhe von 2 TEUR (Vorjahr 14 TEUR) enthalten.

IV. Sonstige Angaben

Restlaufzeit der Forderungen

Wie im Vorjahr haben alle Forderungen mit Ausnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus dem angelegten Stammkapital der BVVG in Höhe von 512 TEUR und des Steuererstattungsanspruches aus dem Körperschaftsteuerguthaben (Ausweis im Vorjahr in den sonstigen Vermögensgegenständen) in Höhe von 36 TEUR (Vorjahr 40 TEUR) eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Restlaufzeit der Verbindlichkeiten

Wie im Vorjahr haben alle Verbindlichkeiten mit Ausnahme der sonstigen Verbindlichkeiten aus der Entgeltumwandlung von zwei Abfindungsbeträgen in Höhe von 116 TEUR (Vorjahr 38 TEUR) eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Letztere enthalten Beträge mit einer Restlaufzeit von einem bis fünf Jahre in Höhe von 48 TEUR und Beträge mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren in Höhe von 56 TEUR.

Außerordentliche Aufwendungen

Es werden außerordentliche Aufwendungen aus der BilMoG-Anpassung der Rückstellungen für Pensionen und Altersteilzeit in Höhe von 344 TEUR ausgewiesen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag - Latente Steuern

Steuern vom Einkommen und Ertrag werden in Höhe von 134 TEUR ausgewiesen (Vorjahr 393 TEUR).

Gem. § 274 HGB sind Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, zu ermitteln. Eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung ist in der Bilanz als passive latente Steuern anzusetzen. Eine sich daraus ergebende Steuerentlastung kann als aktive latente Steuern in der Bilanz angesetzt werden.

Die Ermittlung mit einem durchschnittlichen Steuersatz von 30 % ergab aktive latente Steuern in Höhe von 346 TEUR, davon aus Rückstellungen für Altersteilzeit in Höhe von 283 TEUR sowie für Pensionsverpflichtungen in Höhe von 45 TEUR sowie aus der Abzinsung von Rückstellungen und Verbindlichkeiten für Abfindungen in Höhe von 18 TEUR. Zum Zeitpunkt der BilMoG-Eröffnungsbilanz am 01.01.2010 betragen die latenten Steuern 103 TEUR, davon aus Rückstellungen für Altersteilzeit 75 TEUR sowie für Pensionsverpflichtungen 28 TEUR.

Auf die Bilanzierung der aktiven latenten Steuern wurde entsprechend § 274 Abs. 1 HGB verzichtet.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

2010 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 717 Mitarbeiter, davon 645 mit unbefristeter und 72 mit befristeter Anstellung sowie 37 Auszubildende.

Geschäftsführung

Dr. Wolfgang Horstmann

Sprecher der Geschäftsführung

Jurist

(bis 31.03.2011)

Dr. Wilhelm Müller

Geschäftsführer

Diplom-Agraringenieur

Aufsichtsrat

Vertreter der Anteilseigner

Staatssekretär a.D. Dr. jur. Walter Priesnitz

Vorsitzender des Aufsichtsrates der BVVG

(bis 24.08.2010)

Staatssekretär a. D. Gert Lindemann

Vorsitzender des Aufsichtsrates der BVVG

Landwirtschaftsminister des Landes Niedersachsen

(ab 25.08.2010)

Ministerialrat Manfred Weidemann

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der BVVG

Referatsleiter im Bundesministerium der Finanzen

Stefan Jütte

Vorstandsvorsitzender der Deutschen Postbank AG

(bis 24.08.2010)

Ministerialdirektor Dr. Jörg Wendisch

Abteilungsleiter im Bundesministerium für Ernährung,

Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(bis 24.08.2010)

Dr. Marcus Dahmen

bis 08. Februar 2010 Vorstand der Landwirtschaftlichen Rentenbank

(bis 24.08.2010)

Axel Kunze

Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für

Immobilienaufgaben

Hans Bernhardt

Mitglied des Vorstandes der Landwirtschaftlichen Rentenbank

(ab 25.08.2010)

Vertreter der Arbeitnehmer

Angela Rogge

Referentin Bereich Verkauf/Verpachtung der Zentrale

Matthias Ullrich

Justitiar des Bischöflichen Ordinariats Magdeburg

(bis 24.08.2010)

Matthias Baier

Gruppenleiter Vertragsmanagement in der Niederlassung Sachsen

(bis 24.08.2010)

Gerhard Ludden

Justiziar in der Niederlassung Magdeburg

(ab 25.08.2010)

Nach Beschluss der Gesellschafterin vom 09.04.2010 wurde der Aufsichtsrat der BVVG von neun auf sechs Mitglieder verkleinert.

Bezüge der Organmitglieder

a) Bezüge der Geschäftsführung

Die Bezüge der Geschäftsführung von 410.093,77 EUR setzen sich wie folgt zusammen:

	Dr. W. Horstmann EUR	Dr. W. Müller EUR	Gesamt EUR
Grundvergütung	132.935,88	127.822,92	260.758,80
Variable Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung	69.500,00	59.500,00	129.000,00
Nebenleistungen	14.493,81	5.841,16	20.334,97
	216.929,69	193.164,08	410.093,77

An frühere Mitglieder der Geschäftsführung wurden Bezüge von 28.108,41 EUR geleistet. Die Pensionsrückstellungen wurden um 25.218,00 EUR erhöht; sie betragen zum 31. Dezember 2010 insgesamt 382.827,00 EUR.

Für derzeitige Mitglieder der Geschäftsführung sind zum 31. Dezember 2010 Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.220.671,00 EUR gebildet; in 2010 wurden diesen Rückstellungen 196.270,00 EUR zugeführt.

b) Bezüge des Aufsichtsrates

Die Aufsichtsratsbezüge beliefen sich 2010 auf 33 TEUR.

Gesamthonorare des Abschlussprüfers

Die Gesamthonorare des Abschlussprüfers betragen für das Geschäftsjahr 79 TEUR (netto). Sie beinhalten ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Aus Miet- und Leasingverträgen (inklusive Nebenkostenvorauszahlungen, ohne Energieversorgung) mit festen Laufzeiten, die zwischen den Jahren 2010 und 2013 enden, entstehen für die nächsten Jahre finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 9.640 TEUR. Davon entfallen 3.380 TEUR auf 2011 und 6.260 TEUR auf die darauf folgenden zwei Jahre. Für die Jahre 2014, 2015 und 2016 ist die BVVG noch keine finanziellen Verpflichtungen in Miet- und Leasingverträgen eingegangen.

Darüber hinaus bestehen verschiedene Verträge und Rahmenvereinbarungen mit den Firmen IBM Business Services GmbH, HL komm Telekommunikations GmbH, ATOS Origin, GISA GmbH und SAP AG u.a. über den Bezug von EDV-Leistungen mit unterschiedlichen Laufzeiten. Hieraus ergeben sich für das Jahr 2011 Verpflichtungen von insgesamt 1.545 TEUR. Für die weiteren Jahre 2012 bis 2015 bestehen im EDV-Sektor finanzielle Verpflichtungen aus befristeten und unbefristeten Verträgen in Höhe von ca. 4.673 TEUR.

Für notwendige Pflege- und Entwicklungsleistungen und für den Kauf von Daten der automatisierten Liegenschaftskarten wurden für das Jahr 2011 ca. 4.442 TEUR kalkuliert, darunter 498 TEUR für die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen bei der Systempflege und bei der Nutzerbetreuung durch die LAFOS Dienstleistungs GmbH.

Aus unbefristet abgeschlossenen Verträgen mit einer Kündigungsfrist zwischen 3 und 6 Monaten (Wartungsverträge, Wachschatz, Energieversorgung) bestehen ebenfalls jährlich finanzielle Verpflichtungen, im Jahr 2011 sind dies ca. 712 TEUR.

Berlin, 31. März 2011

BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

Dr. Wolfgang Horstmann

Dr. Wilhelm Müller

Anlagengitter per 31.12.2010

	Anschaffungskosten			
	01.01.2010 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software	4.382.153,79	275.153,08	0,00	4.657.306,87
	4.382.153,79	275.153,08	0,00	4.657.306,87
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.435.913,52	849.890,00	1.409.789,51	9.876.014,01
	10.435.913,52	849.890,00	1.409.789,51	9.876.014,01
III. Finanzanlagen				
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen ¹	0,00	1.817.551,62 ²	1.418.564,36 ³	398.987,26
	0,00	1.817.551,62	1.418.564,36	398.987,26
	14.818.067,31	2.942.594,70	2.828.353,87	14.932.308,14
	Kumulierte Abschreibungen			
	01.01.2010 EUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres EUR	Abgänge EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software	3.581.605,79	447.112,08	0,00	4.028.717,87
	3.581.605,79	447.112,08	0,00	4.028.717,87
II. Sachanlagen				

	Kumulierte Abschreibungen			
	01.01.2010 EUR	Abschreibungen des Geschäfts- jahres EUR	Abgänge EUR	31.12.2010 EUR
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.833.498,52	973.833,00	859.680,51	7.947.651,01
	7.833.498,52	973.833,00	859.680,51	7.947.651,01
III. Finanzanlagen				
Rückdeckungsansprüche aus Le- bensversicherungen ¹	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00
	11.415.104,31	1.420.945,08	859.680,51	11.976.368,88
		Buchwerte		
		31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR	
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software		628.589,00	800.548,00	
		628.589,00	800.548,00	
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.928.363,00	2.602.415,00	
		1.928.363,00	2.602.415,00	
III. Finanzanlagen				
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen ¹		398.987,26	0,00	
		398.987,26	0,00	
		2.955.939,26	3.402.963,00	

¹ im Vorjahr Ausweis in den sonstigen Vermögensgegenständen

² davon 1.670.299,61 EUR aus Vorjahr (Umgliederung aus sonstigen Vermögensgegenständen)

³ Saldierung der verpfändeten Rückdeckungsversicherung mit den Pensionsrückstellungen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 31. März 2011

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Nieweg, Wirtschaftsprüfer

Meier, Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat (AR) ist im Geschäftsjahr 2010 in 4 Sitzungen von der Geschäftsführung (GF) umfassend über die Lage der Gesellschaft, den Geschäftsverlauf und die Geschäftspolitik unterrichtet worden. Ausführlich beschäftigte sich der AR insbesondere mit dem Stand der Weiterentwicklung der Privatisierungsgrundsätze 2010, den Klageverfahren zur Preisermittlung bei EALG-Verkäufen, dem Wunsch des Landes Sachsen-Anhalt, die BVVG-Flächen zu erwerben, sowie der Umsetzung von Regelungen zur Erleichterung des Flächenerwerbs für Alteigentümer gemäß Koalitionsvertrag (2. Flächenerwerbsänderungsgesetz). Weitere Schwerpunktthemen waren der Public Corporate Governance Kodex des Bundes, der Prüfungsbericht des Prüfungsamtes des Bundes "Prüfung des Vertragsmanagements für Verkäufe nach EALG" und die Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat zur Reduzierung der Arbeitszeit, Altersteilzeit und Beschäftigungssicherung.

Auf der Basis von Vorlagen und mündlicher Berichterstattung der GF hat der AR die Aufgabenerledigung der Gesellschaft entsprechend seiner ihm gesetzlich und gesellschaftsvertraglich übertragenen Zuständigkeit überwacht. Außerhalb der regulären Aufsichtsratssitzungen haben der Vorsitzende des AR und die GF in regelmäßigen Abständen wichtige Vorgänge erörtert.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 9. April 2010 wurde der Aufsichtsrat der BVVG von 9 auf 6 Mitglieder verkleinert. Der Gesellschaftsvertrag wurde entsprechend geändert.

Durch den Gesellschafterbeschluss vom 24. August 2010 über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2009 endete die Amtszeit folgender Mitglieder: als Gesellschaftervertreter Dr. Walter Priesnitz, Stefan Jütte, Dr. Marcus Dahmen, Dr. Jörg Wendisch, Axel Kunze sowie Manfred Weidemann; als Arbeitnehmervertreter Matthias Ullrich, Angela Rogge und Matthias Baier.

Am 4. August 2010 fand die Wahl der Arbeitnehmervertreter statt. Mit den meisten Stimmen gewählt wurden Angela Rogge und Gerhard Ludden. Ihre Amtszeit begann am 25. August 2010.

Mit verschiedenen Gesellschafterbeschlüssen wurden die Aufsichtsratsmitglieder berufen: Gert Lindemann mit Beschluss vom 11. Mai 2010, Hans Bernhardt, mit Beschluss vom 27. Mai 2010, sowie Axel Kunze und Manfred Weidemann, beide mit Beschluss vom 14. Juni 2010. Die Berufung erfolgte jeweils ab dem Tag nach der förmlichen Entlastung des bisherigen Aufsichtsrates, also mit Wirkung vom 25. August 2010.

In der Sitzung am 3. September 2010 wurde Gert Lindemann zum neuen Vorsitzenden des AR gewählt und Manfred Weidemann wurde als stellvertretender Vorsitzender bestätigt.

Die Gesellschafterin hat die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat mit Beschluss vom 30. August 2010 zur Anwendung des Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der jeweils gültigen Fassung verpflichtet.

Die Gesellschafterin ist mit Beschluss vom 14. September 2010 dem Vorschlag des AR gefolgt, die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, als Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

Die Buchführung der BVVG, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 und der Lagebericht der GF sind durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Für das Treuhandgeschäft hat die Abschlussprüferin die Übereinstimmung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Geschäftsbesorgungs- und Treuhandvertrag in der mit der Gesellschafterin abgestimmten Form bescheinigt. Die Abschlussprüferin hat im Rahmen ihrer Prüfung nach Paragraph 53 Haushaltsgrundsatzgesetz keine Verstöße gegen die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung festgestellt.

Der AR hat den Jahresabschluss, den Lagebericht der GF und den Vorschlag der GF für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Die Prüfung insgesamt sowie die Behandlung des Jahresabschlusses im Beisein der Abschlussprüferin in der Aufsichtsratssitzung im Juni 2011 ergaben keinen Anlass zu Einwendungen. Der AR empfahl der Gesellschafterin, der vorgeschlagenen Gewinnverwendung zuzustimmen und den Jahresabschluss festzustellen.

Manfred Weidemann, Vorsitzender des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH hat am 30. März 2011 Ministerialrat Manfred Weidemann zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrates Gert Lindemann ist im Januar zum Minister des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung ernannt worden und aus dem Aufsichtsrat der BVVG ausgeschieden.

Auszug aus der Niederschrift über die 84. Sitzung des Aufsichtsrates der BVVG am 09.06.2011

TOP 3.4	Feststellung des Jahresabschlusses Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss 2010 festzustellen.
TOP 4	Verwendung des Bilanzgewinnes Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, die Ausschüttung des Gewinns 2010 der BVVG mbH von 374.703,03 € in voller Höhe an die Gesellschafterin mit Auszahlung am 28.07.2011 zu beschließen.

Auszug aus der Niederschrift über die Gesellschafterversammlung der BVVG am 15.06.2011

TOP 1.2:	Feststellung des Jahresabschlusses der BVVG für das Geschäftsjahr 2010 Die Gesellschafterin stellt den Jahresabschluss der BVVG für das Geschäftsjahr 2010, der von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Testat versehen wurde, fest.
TOP 2:	Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 2010 Die Gesellschafterin beschließt die Ausschüttung des Gewinns der BVVG GmbH in Höhe von 374.703,03 € an die Gesellschafterin mit Auszahlung am 28. Juli 2011.